

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Die ‚Blue Card‘ kommt

Koalition erleichtert Beschäftigung ausländischer Fachkräfte

Zur Behebung des immer noch schwerwiegenden Fachkräftemangels macht die Koalition nun auch mit der Anwerbung ausländischer Fachkräfte ernst. „Natürlich steht nach wie vor die Aktivierung und Förderung des Potentials innerhalb Deutschlands im Vordergrund der Bemühungen, aber wir müssen auch Leuten den Zutritt zum Arbeitsmarkt erleichtern, die zwar nicht aus einem EU-Land kommen, aber eine sehr gute Ausbildung – meist sogar schon in Deutschland – genossen haben“, so Thomas Strobl am Rande des Plenums, in dem das Gesetz am Freitag verabschiedet wurde. „Zu viele junge Leute verlassen Deutschland derzeit nach Lehre oder Studium wieder. Fänden sie hier eine Beschäftigung, könnten sie zu Wachstum und Wohlstand beitragen und damit auch die Arbeitsplätze vieler anderer sichern.“

Tatsächlich würden etwa 80 Prozent der ausländischen Hochschulabgänger gerne in Deutschland bleiben; bisher schafft dies jedoch nur ein Viertel. Die ‚Blue Card‘-Regelung sieht nun folgende Erleichterungen vor: Für ausländische Absolventen deutscher

Hochschulen erleichtert der Beschluss den Berufseinstieg mit der Aufhebung bzw. einer deutlichen Absenkung der Verdienstgrenze.



Ein junger Wissenschaftler bei der Arbeit (Foto: <http://spain.slu.edu/>)

In einer Orientierungsphase von nunmehr 18 Monaten nach dem Studium entfallen jegliche Erwerbsbeschränkungen. Generell darf künftig jeder bleiben oder zuziehen, der jährlich mehr als 44.800 € brutto verdient (zuvor 66.000 €). In Berufssparten mit besonders großen Personallücken liegt diese Gehalts-

schwelle sogar bei nur 34.900 €. Dazu zählen insbesondere Ingenieure, akademische und vergleichbare Fachkräfte in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Ärzte. Absolventen ausländischer Hochschulen, die sich ihren Unterhalt selbst finanzieren, können sich in Deutschland sechs Monate auf Jobsuche begeben. Zudem können diese künftig ohne Rücksicht auf eine Gehaltsgrenze eine Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn sie eine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit ausüben und zwei Jahre Pflichtbeiträge in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Darüber hinaus belohnt die ‚blaue‘ Aufenthaltsgenehmigung in besonderem Maße Integrationsbemühungen: Inhaber einer ‚Blue Card‘ können nach drei Jahren ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bekommen; wer gut Deutsch spricht sogar ein Jahr früher. „Dadurch erhalten die Zuwanderer den Anreiz, sich rasch in Deutschland einzufinden, was sowohl die Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen erleichtert, als auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass uns die Zuwanderer und ihre Nachkommen dauerhaft erhalten bleiben“, sagte der direkt gewählte Heilbronner Abgeordnete Thomas Strobl. In diesem Wahlkreis sitzen zahlreiche Unternehmen, die auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen sind.

Besonders für mittelständische Unternehmen, die ausländische Berufseinsteiger nicht mit einem Jahresgehalt von 70.000 € locken können, stellt die neue Regelung eine deutliche Verbesserung ihrer Chancen im globalen Ringen um hochqualifizierte Nachwuchskräfte dar. Nun sind die Unternehmen am Zuge, mit attraktiven Bedingungen und professionellem Werben Hochqualifizierte und ihre Familien für das Arbeiten und Leben in Deutschland zu gewinnen.

IM PLENUM

Operation Atalanta fortgesetzt und ausgeweitet

Seit 2008 läuft das Mandat der EU-geführten Operation Atalanta mit dem Ziel, die Piraterie zu bekämpfen und die Schifffahrtsrouten vor der Küste Somalias zu schützen. In dem vom Bürgerkrieg zerrütteten afrikanischen Land finden noch immer über tausend mitun-

ter schwer bewaffnete Piraten einen rechtlosen Raum vor, von dem aus sie Frachter im Indischen Ozean und im Roten Meer überfallen.



Piraten vor der Küste Somalias (Bild: Bundeswehr/Laudan)

Diese Woche diskutierte nun der Deutsche Bundestag einen Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte. Der Antrag erweitert auch die Einsatzbefugnisse, sodass es nun möglich ist, Logistik, Häfen und Einsatzbasen der Piraten an der Küste wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Ausweitung des Mandats soll dabei ein wesentlich früheres und effizienteres Eingreifen ermöglichen und den Piraten bereits die Vorbereitung von Übergriffen erschweren sowie die Versorgung mit Waffen und Munition auf dem Landweg begrenzen.

Einrichtung eines nationalen Waffenregisters

Diese Woche beschloss der Deutsche Bundestag die Errichtung eines nationalen Waffenregisters. Ziel des von der EU initiierten Gesetzes ist die Zusammenführung der derzeit bei fast 600 verschiedenen Waffenbehörden vorliegenden Informationen. Dabei sollen diese standardisiert und bereinigt werden, um der Polizei eine schnelle, wirkungsvolle und umfassende Auswertungsmöglichkeit zu geben.

Entgegen oft geäußelter Bedenken umfasst das Gesetz keine Änderungen sonstiger waffenrechtlicher Vorschriften oder die Erfassung neuer oder umfangreicherer Daten. Es ermöglicht lediglich allen Behörden, in einer zentralen Datenbank nachzuvollziehen, welcher Person Ausnahmen, Anordnungen, Sicher-

stellungen oder Verbote im Zusammenhang mit erlaubnispflichtigen Waffen zugeordnet wurden.

Die Vereinfachung der Polizeiarbeit und eine stark verbesserte Informationsverarbeitung bringen einen beträchtlichen Sicherheitsgewinn mit sich. Um von diesem so bald wie möglich zu profitieren, wird die EU-Vorgabe bereits vorzeitig umgesetzt.

WEITERE THEMEN DER WOCHE

- Warnschussarrest für Jugendliche
- Neuausrichtung des Pflegegesetzes
- Anpassung der Hartz IV-Sätze

Weitere Informationen erhalten Sie gerne unter der Rufnummer 030/ 227 72542.

KURZNACHRICHTEN

„nanoTruck“ zu Gast in Möckmühl

Am 8. und 9. Mai macht der „nanoTruck“ des Bundesforschungsministeriums Station auf dem Schulhof der Realschule Möckmühl. Das doppelstöckige Fahrzeug ist Labor, Ausstellungsraum, Informations- und Dialogplattform zugleich.

Die „Trucker“, erfahrene Wissenschaftler, bringen den Schülerinnen und Schülern, aber auch der interessierten Öffentlichkeit und Unternehmern die Nanotechnologie im wahrsten Sinne des Wortes näher.



Der „nanoTruck“. Über das genaue Programm am 8. und 9. Mai können Sie sich informieren unter: <http://www.nanotruck.de/tour/standorte/standorte-detailview/article/realschule-moeckmuehl.html>

Der Truck ist Bestandteil eines vielgestaltigen Konzepts der Bundesregierung für den verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Methoden und Verfahren – des "Aktionsplans Nanotechnologie 2015". Er informiert die Öffentlichkeit über die Chancen und potenziellen Auswirkungen der Nanotechnologie. Jungen Leuten zeigt der „nanoTruck“ neue Perspektiven für einen erfolgreichen Ausbildungs- und Berufsweg in diesem ebenso spannenden wie aussichtsreichen Technologiefeld auf.

PRESSEMITTEILUNG

Verkehrsminister Hermann bekommt es auch bei der Frankenbahn nicht gebacken



Der direkt gewählte Heilbronner Bundestagsabgeordnete

Thomas Strobl will die vom baden-württembergischen Verkehrsminister zurückgenommene Zusage für den Stundentakt auf der Frankenbahn nicht hinnehmen: „Ich fordere den Verkehrsminister auf, hier her in die Region zu kommen und wie seinerzeit die Vorgängerregierung an einem „Runden Tisch Frankenbahn“ Rede und Antwort zu stehen und mit den regionalen Vertretern eine konkrete Lösung zu erarbeiten.“



(Foto: S.L., flickr.com)

Ganz offensichtlich sei dem grünen Verkehrsminister das BGH-Urteil zur Direktvergabe gerade willkommen, um sich an Zusagen der CDU-geführten Landesregierung nicht halten zu müssen und wie bei

allen anderen Infrastrukturprojekten, sei es beim Neckar, sei es bei der A 6, auch beim Schienenverkehr Sand ins Getriebe zu streuen. „Wie bei den anderen für unsere Region drängenden und essentiellen Verkehrsfragen bekommt es Verkehrsminister Hermann auch bei der Frankenbahn nicht geba-cken.“, betonte der Heilbronner Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg.

Für die Menschen einer der wachstums- und wirtschaftsstärksten Regionen im Land sei es nicht hinnehmbar, dass ein Verkehrsminister, der sich mit Leib und Seele der Verkehrsblockade verschrieben hat, sich nur die ihm opportunen Argumente zueigen macht, um andere Möglichkeiten ausblenden zu können. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!“, so Thomas Strobl. „Und diesen Weg zu einem längst überfälligen Stundentakt auf der Bahnstrecke Heilbronn-Würzburg können wir gerne gemeinsam mit dem Minister hier in der Region suchen.“

GRUSSWORT VON THOMAS STROBL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,



das Land Baden-Württemberg feiert seinen 60. Geburtstag und die CDU Baden-Württemberg gratuliert sehr herzlich dazu. Die Geschichte Baden-Württembergs ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Das verdankt das Land den

Menschen, die hier leben – die hier schaffen, die hier Ideen entwickeln, im wahrsten Sinne des Wortes etwas unternehmen und fleißig sind. Insofern kann jede Baden-Würtembergerin und jeder Baden-Würtemberger stolz sein auf das Land – denn jede und jeder trägt einen Teil zu seinem Erfolg bei.

Die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs ist aber auch untrennbar mit der CDU verbunden. Von 60 Jahren seit der Gründung hat die CDU 58 Jahre im Land regiert und den Ministerpräsidenten gestellt. Die Erfolgsbilanz des Landes Baden-Württemberg ist

auch die Erfolgsbilanz der CDU Baden-Württemberg. Unser Land steht nach 58 Jahren CDU-geführter Landesregierung an der Spitze in ganz Deutschland. Diesen Erfolg darf Grün-Rot nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und gefährden! Statt bestehende, erfolgreiche Strukturen aus ideologischen Gründen zu zerschlagen, sollte Grün-Rot lieber das Erfolgsmodell Baden-Württemberg behutsam weiterentwickeln.

Mit den besten Wünschen für das „lange“ und hoffentlich sonnige Wochenende verbleibe ich

herzlichst,

v.i.S.d.P.:

Antonia Ritter

Büroleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

Vorsitzender des Ersten Ausschusses
Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg
Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542
Fax: 030/ 227 70123